

Plenarrede der Landtagsabgeordneten Nicole Razavi (CDU) vom 10. Oktober 2013

Aktuelle Debatte, beantragt von der Fraktion Grüne:

„Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur – Beschluss der Sonderverkehrsministerkonferenz und Perspektiven für Baden-Württemberg“

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wirtschaft und die Menschen in Baden-Württemberg leben von einer guten Infrastruktur. Darauf sind wir angewiesen. Ich kann nur sagen, nach der Rede von Herrn Schwarz heute Morgen geschehen wirklich noch Zeichen und Wunder. Sogar die Grünen haben das erkannt.

Wir alle wissen, wir müssen dringend den Investitionsstau im Land, in den Kommunen und vor allem im Bund abbauen. Die Grünen haben es jetzt nach einer Phase der Orientierung ebenso erkannt und sagen jetzt das Gleiche, wie wir es schon dauerhaft tun. Wir brauchen dringend mehr Geld für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Das, Herr Schwarz, ist wirklich keine neue Erkenntnis, die Sie uns heute Morgen hier kundgetan haben.

Die Kommission für nachhaltige Infrastrukturfinanzierung hat dies mit großem Aufwand bestätigt. Es ist wirklich überhaupt keine Kunst und nichts Neues, dass sich die Länderverkehrsminister einig sind, wenn es um Forderungen an den Bund geht. Also auch das ist jetzt keine Löwenleistung unseres Ministers, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Länder zusammenstehen.

Klar ist, Erkenntnis und Wissen allein, dass wir mehr Geld brauchen, reicht jedoch nicht aus, sondern wir brauchen klare Konzepte, unser Land braucht ein klares Konzept, unser Landesverkehrsminister, unsere Landesregierung müssen klare eigene Konzepte aufzeigen, wie dies gelingen kann. Wenn Sie den Kommissionsbericht genau lesen, dann sagt er nicht nur aus, was der Bund tun muss, sondern er sagt auch aus, was die Länder und Kommunen tun müssen. Deswegen liegen die Hausaufgaben auch bei unserer Landesregierung.

Man muss sagen: Weniger bei der SPD, doch vor allem bei dem Grünen klaffen Sonntagsreden, taktisches Reden mit tatsächlichem Handeln und aktivem Handeln weit auseinander.

Dafür ein paar Beispiele: Wenn die letzte Bundesregierung Sonderprogramme aufgelegt hat, wer hat dann dagegen gestimmt? Die Grünen. Schauen wir zweitens in die Bundestagswahlprogramme von Rot und Grün, Herr Schwarz. Während die CDU klare Ziele für die kommende Legislaturperiode gesetzt hat, was im Bereich Infrastruktur zu tun ist, nämlich dass Geld in die Hand zu nehmen ist, ist dies bei Rot und Grün im Bundestagswahlprogramm schlicht und ergreifend komplette Fehlanzeige. Sie haben nicht nur andere Themen vergessen und falsch besetzt, Sie haben dieses Thema komplett aus dem Blick verloren.

Der dritte Punkt. Wie sieht es auf Landesebene aus? Zugegebenermaßen haben wir auch – Klammer auf – in schlechten Haushaltsjahren – Klammer zu – weniger Geld investiert als man benötigt hätte. Aber wir haben mit Sonderprogrammen, haben Zug um Zug die Situation verbessert. Und was machen Sie in guten Haushaltsjahren? Anstatt diesen Weg konsequent fortzusetzen, bleiben Sie auf dem halben Weg stecken.

Viertes Beispiel: kommunale Verkehrsfinanzierung, kommunale Förderung. Zunächst einmal haben Sie umgeschichtet, 40 % Straßenbau, 60 % Umweltverbund. Das Ergebnis sieht man in den Kommunen jetzt schon. Im kommunalen Straßenbau passiert überhaupt nichts mehr; der steckt komplett fest. Jetzt kommen sie auch noch auf die Idee, den Fördersatz mit dem fadenscheinigen Argument eines effizienten Einsatzes und einer fairen Verteilung der Mittel auf 50 % abzusenken. Das ist wirklich eine Milchmädchenrechnung, die Sie hier vorlegen. Fakt ist, dass in den Kommunen immer weniger Projekte umgesetzt werden können.

Trotz alledem bleiben Sie, Herr Minister; und vor allem auch die Grünen Ihrem Schwarzen-Peter-Spiel treu und fordern vom Bund mehr Geld, ohne die eigenen Hausaufgaben zu erledigen. Sie vergessen dabei: Vier Finger der eigenen Hand zeigen auf Sie selbst.

Fakt ist, ob im Bereich Straße oder Schiene, ihre Bilanz der vergangenen zweieinhalb Jahre ist der beste Beweis, wie wenig Ihnen die Infrastruktur abseits von Ihren Sonntagsreden in Wirklichkeit wert ist. Sie kommen weder beim Straßenbau noch beim Ausbau vom ÖPNV

und Schienenpersonennahverkehr einen Schritt weiter. Wenn man genau hinschaut, haben Sie Ihren Kampf gegen Stuttgart 21 bis zum heutigen Tag nicht aufgegeben.

Jetzt schauen wir uns einmal den Titel der heutigen Debatte an, Herr Schwarz. Sie sprechen von Perspektiven für das Land Baden-Württemberg. Eigentlich hätte dieser Titel heißen müssen: Welche Aufgaben ergeben sich aus dem Ergebnis der Strukturkommission für das Land Baden-Württemberg? Schon hier hätten Sie besser nachdenken müssen.

Einig sind wir uns in einem Punkt. Wir brauchen langfristig und dauerhaft mehr Geld, unabhängig davon, wer regiert. Die CDU in Baden-Württemberg hat sich immer für die Pkw-Maut und die Vignette eingesetzt, weil wir glauben, dass es der beste Weg ist, langfristig und zweckgebunden Einnahmen zu generieren. Wir sind jedoch auch anderen Lösungen gegenüber offen, ob Sondervermögen, ob Nutzerfinanzierung oder über den Haushalt. Fakt ist, wir brauchen dauerhaft mehr Geld und der Abbau des Investitionsstaus muss gelingen.

Deswegen sind die Ansätze der Bodewig-Kommission richtig. Ob allerdings die Ausweitung der Lkw-Maut auf das nachrangige Verkehrsnetz die richtige Lösung ist und ob für Industrie, für Unternehmen und schlussendlich für den Verbraucher diese Lösung tragbar ist, das wird man sich noch genau anschauen müssen.

Zurück zu den Aufgaben der Landesregierung. Es reicht nicht aus, mehr Geld zu fordern und darüber zu reden. Man muss auch die eigenen Hausaufgaben machen. Das heißt, Sie müssen sich erstens für mehr Geld für den Erhalt und für den Neubau einsetzen, Sie müssen den Generalverkehrsplan konsequent umsetzen, Sie müssen sich dafür einsetzen, dass Baden-Württemberg zum Investitionsschwerpunkt wird, weil der Nachholbedarf und die Belastungen bei uns am größten sind. Und Sie müssen vor allem den Bedarf klar definieren.

Weder gestern in der Regierungsbefragung noch im Ausschuss konnten Sie erklären, welche Ideen hinter Ihrer Konzeption, Ihren eigenen Kriterien stecken, statt die Konzeption und Kategorisierung des Bundes zu übernehmen. Mir fehlt bislang der Einblick in die Sinnhaftigkeit. Wir werden im November sehen, wie weit Sie damit kommen.

Dann erteilt Ihnen die Kommission einen klaren Auftrag, Herr Minister. In dem Bericht steht, dass Sie künftig genügend Mittel für die Planung einsetzen müssen, und zwar orientiert am verkehrlichen Bedarf und nicht an den liquiden Mitteln. Das Gleiche gilt für Personal. Ich kann nur sagen, Sie müssen Ihre Koalitionsvereinbarung umschreiben. Darin steht nämlich das Falsche, wenn Sie den Auftrag der Kommission ernst nehmen. Wir sind gespannt auf die nächsten Entscheidungen Ihrer Regierung. Machen Sie Ihre Hausaufgaben. Wir sind auch gespannt, wie Sie diese lösen.